

# Volks-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

**Bezugspreise:**  
für Halle monatl. bei zweimal. 21.  
Halbes. 7. - 177. Vierteljährl. 21.  
Jahrl. 7. - 177. Vierteljährl. 1.8. Aus-  
gabestellen abgohal. Nr. 7. - mo-  
natl. durch ein. Ausland. Zweijährl.  
best. bei dgl. einmal. halbjährl. 6. -  
177. u. halbjährl. 177. u. 177. 20.  
monatl. 2.25 177. Vierteljährl. 27.75  
Jahrl. 107. 7. - monatliche. Be-  
st. ohne. werden alle Bestellungen an:  
Hantl. Zeitungsverzeichnis:  
Volks-Zeitung. für unentgeltl. ein-  
gegang. Manu. trips wird keine Ge-  
währ übernommen. Nachdruck aus-  
n. - Verleiher. - Volks-Zeitung ge-  
st. Fern. der Schriftleitung. Nr.  
1140. der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133  
u. 1133. der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten zu 34 mm breite Milli-  
meterzeile bei 30 mm Raum 72 Pf.,  
Sam. eine u. kleine Anzeigenpreise  
© Legeteitanfängungen 40 Pf.  
Reklamen die 92 mm breite Milli-  
meterzeile 3. - Monat. Bei Wieder-  
holung Ermäßigung 1. - 6. - Anzei-  
gung. Abendungen. Taxieren neh-  
men an unsere Geschäftsstellen u.  
sämtliche Anzeigen-Anstalten. Er-  
füllungszeit: Halle. Erscheint tägl.  
bis 2 mal. Sonntag und Woch-  
tags 1 mal. Schriftleitung und  
Geschäftsstelle: Halle. Neue Prom-  
nade 1a. Gr. Brauhausr. 17.  
Haben - Geschäftsstelle: Markt 24.  
Verlagshaus Leipzig Nr. 221.

Nr. 458.

Halle, Freitag, den 30. September 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Die Regierungsumbildung.

(Von unserem parlamentarischen Mit-  
arbeiter.)

Der Öffentlichkeit wird mitgeteilt, daß am Mittwoch  
abend eine vertrauliche Besprechung beim Reichszan-  
ger über die Erweiterung der Regierungskoalition stattge-  
und hat, an der Vertreter der Koalitionsparteien und der  
Deutschen Volkspartei, sowie der Reichspräsident, der preu-  
ßische Ministerpräsident und der Reichstagspräsident zuge-  
beteiligt waren. Die Verhandlungen haben durchaus den  
Charakter einer vorläufigen Aussprache getragen und zu  
keinen Beschlüssen geführt. Es wird aber mitgeteilt, daß  
die Verhandlungen in den nächsten Tagen weitergeführt  
werden sollen. Daraus darf man schließen, daß sie im  
ganzen günstig verlaufen sind und baldigen Erfolg ver-  
sprechen.

In der Mitteilung stehen auch bereits die einzelnen  
Punkte, um die sich die Besprechung dreht hat: inner-  
politische Lage, außenpolitische Richtlinien, Steuerfragen  
und Form der Umbildung.

Was die innerpolitischen Auseinandersetzungen in der  
letzten Zeit aufmerksamer und ohne Vorurteil mitgeteilt  
verfolgt hat, kann sich vorstellen, was in der ersten  
Besprechung beim Reichszanzer in dieser Hinsicht er-  
örtert worden ist. Die Sozialdemokratie hat auf dem  
Vorherigen Parteitag in aller Form Tor und Tür für  
den Einzug der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoi-  
alition geöffnet. Di beiden aber zu so hart in,  
Zentrum und Demokraten haben seit Annahme des Lik-  
tiums keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um dem  
Wunsch der Vereinhaltung der Volkspartei Ausdruck zu  
geben. Wo wird es die Aufgabe der volksparteilichen  
Führer, Dr. Stresemann und Dr. Rumpel, gewesen sein,  
die Haltung ihrer Fraktion zu dieser Frage darzustellen.  
Auch hier liegen soziale Erklärungen maßgebender volks-  
parteilicher Führer aus letzter Zeit vor, daß sich jeder  
die Antwort selbst sagen kann, die diese Führer abgegeben  
haben werden. Der Abg. Käst hat im Überwachungs-  
auschuß bereits erklärt, daß die Deutsche Volkspartei  
auf den Boden der Verfassung trete und auch bereit sei,  
im gegebenen Falle mit den Machtmitteln des Staates  
gegen gewaltsame Sitzungsversuche der Verfassung  
einzusetzen. Der Abg. Stresemann hat in verschiednen  
öffentlichen Versammlungen seine und seiner Freunde Ge-  
meinnahme über die Vorläufige Beschlässe der Sozialdemo-  
kratie und den Willen bekundet, mit diesen zusammen in  
der Regierung der Republik zu arbeiten. Unvergessen  
ist auch die bekannte Äußerung Stresemanns von der  
Reichstagsdebatten im vorigen Frühjahr, daß die monar-  
chistische Agitation zur Zeit zurückgestellt werden müsse,  
weil sie die notwendigen Kräfte zum Wiederaufbau nicht  
samme, sondern zerteile. Niemand wird glauben, daß  
dieses so leicht und so häufig wiederholt festgehaltenen  
am Mittwoch abend, wo es sich um die Verwirklichung  
der jüngeren volksparteilichen Erklärungen handelte,  
von den Herren Stresemann und Rumpel verneinend  
worden wären. Vielmehr hat man noch über andere Formalitäten  
beim Eintritt der Volkspartei in die Regierung gesprochen.  
In der führenden volksparteilichen „Deutschen Allgemein-  
Zeitung“ wird wenigstens angedeutet, daß man so  
häufig ausgesprochene Erklärungen über die Haltung der  
Deutschen Volkspartei zur Republik und zur Verfassung  
zu wiederholen für überflüssig ansehe, daß dagegen die neue  
Reichsregierung naturgemäß von sich aus die Stellung  
des Kabinetts zum Schutz von Republik und Verfassung  
ernst festlegen könne.

Daß die neue Regierung nur mit dem bisherigen  
Reichszanzer Wirth zustande kommt, dürfte in der Vor-  
besprechung kaum besonders erörtert worden sein. Denn  
nachdem Zentrum, Sozialdemokratie und Demokraten mit  
allen Nachdruck verhandelt haben, daß sie an der Ver-  
antwortung des Reiches als Reichsregierung umzubringen  
sollten, kann die Volkspartei gar nicht, wie es Heinspörne  
im Lande unter dem Einfluß gewinnst hat, die Bedingung  
der vorerwähnten Vereinigung Wirths gestellt  
haben. Auch die Tatsache, daß Dr. Wirth persönlich sich  
um die Umbildung und Erweiterung des Kabinetts be-  
müht hat, ist wohl Beweis dafür, daß der Reichszanzer  
bleibt.

Die Fragen der auswärtigen Politik, die erörtert wor-  
den sind, liegen gleichfalls so offen zutage, daß sich jeder von  
selbst sagen kann, um welche Fragen es sich hier gehandelt  
hat. Die alten Regierungsparteien stehen so fest auf dem  
Erhaltungsprogramm, und auch die Deutsche Volkspartei  
hat so häufig die Notwendigkeit ernstlicher Erfüllungs-  
verpflichtungen betont, daß hier kaum Meinungsverstärkungen  
aufgekommen sein kann. Alle übrigen Probleme der aus-  
wärtigen Politik sind aber erst recht kaum geeignet, die  
Erweiterung der Regierung durch die Deutsche Volkspartei  
zu hindern. Viele auswärtige Fragen befinden sich noch  
im Stadium der Entwicklung, andere Entscheidungen

hängen weniger von der deutschen als von der feind-  
lichen Politik der nächsten Zeit ab, und die Lösung der  
übrigbleibenden Aufgaben ist überhaupt nicht von Partei-  
politik abhängig.

Einem wichtigen Punkt in den Vorbesprechungen haben  
zweifellos die Steuerfragen gehandelt. Man weiß, daß  
auf diesem Gebiet tatsächlich noch weitgehende Meinungs-  
verschiedenheiten zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei  
vorhanden sind, ob es gelungen ist, sie schon in  
dieser ersten Besprechung zu überbrücken, darüber wird  
nichts mitgeteilt. Sicher ist nur, daß ohne eine Verständ-  
igung in der Steuerpolitik ein gedeihliches Zusammen-  
arbeiten der beiden Koalition mit der Deutschen Volkspartei  
unmöglich ist.

Die Form der Umgestaltung, über die auch verhandelt  
worden ist, kann sich nur auf die Einzelheiten bezogen  
haben, unter denen die Volkspartei in die Reichsregie-  
rung eintritt. Es wird in der offiziellen Erklärung  
erklärt, daß es sich um eine Umbildung der Regie-  
rung im Sinne einer Erweiterung gehandelt hat. Demnach  
ist eine Neubildung, die von dem vorherigen Rücktritt  
des Kabinetts Wirth abhängig wäre, nicht die Rede  
gewesen. Unklarheit wäre es freilich, wenn etwa der  
Eintritt der Volkspartei ganz langsam und stückweise während  
der bevorstehenden Vertagung des Reichstages erfolge.  
Dazu ist die Erweiterung doch jenseitig für die innere  
Wärme für die äußere Politik Deutschlands allzu wichtig,  
als daß sie ganz formlos durchgeführt würde. Jedemfalls  
würde es den Empfindungen vieler Kreise des Volkes und  
dem Eindruck des Auslandes weit entsprechender sein,  
wenn das umgebildet erweiterte Kabinett in aller Form  
dem Reichstag vorgelegt würde und von ihm ein Ver-  
trauensvotum erhalte. Das könnte ganz gut noch vor  
der Vertagung geschehen. Wenn es nicht mehr möglich  
sein sollte, die ganze Angelegenheit bis zum Ende dieser  
Woche zum Abschluß zu bringen, so wäre immerhin  
Montag oder Dienstag noch Gelegenheit, vor der Pause  
dies nachzuholen.

Die Beteiligung des preussischen Ministerpräsidenten  
an der Besprechung läßt ohne weiteres die Folgerung zu,  
daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der Regie-  
rungsumbildung im Reich und in Preußen vorhanden ist.  
Wie wir hören, wird tatsächlich auch in den politisch  
führenden Kreisen Preussens Nachdruck auf Verständigung  
über Regierungsumbildung gelegt. Wenn sie sich nicht  
in der im Reich erfolgten könnte, würde das Trichter-  
terrenge nach beiden Seiten ergeben, die im Interesse  
einer ruhigen Gesamtentwicklung nur erwünscht sein  
können.

## Ueber die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen

wird aus Koblenz gemeldet: Die interalliierte Rheinlands-  
kommission hat die im Vertrag der Londoner Beschlüsse er-  
lassenen Bestimmungen im bezüglichen Gebiet mit Wirkung vom  
30. September, 12 Uhr, unter Vorbehalt aufgehoben, die  
im wesentlichen folgenden Inhalt haben:

Unverändert bleibt die Tätigkeit der auf Grund der auf-  
gehobenen Bestimmungen geschätzten Aft, erworbenen Rechte,  
übernommenen Verbindlichkeiten und verhängten Strafen, die  
von den allierten Stellen erteilt sind und Ausführgestalt  
wird bleiben gültig, ebenso die von ihnen aufgestellte  
Fristen für die Dauer von drei Monaten.

Ferner bleibt die Freiliste des Verkehrs von Postpaketen  
bis zu 5 Kilogramm über die Westgrenze der befreiten Ge-  
biete für einen Monat bestehen. Für die Abrechnung  
der für den Reparationsausgleich von der Rheinlandskommission  
und ihren Delegierten vorzunehmenden deutschen Zollrück-  
lässe bleiben die zuständigen deutschen Behörden der Rhein-  
landskommission unterstellt und die bei der Durchführung der  
Sanktionen der deutschen Verwaltung entstandenen Kosten  
fallen dem deutschen Reich zu. Die Suspension der  
deutschen Gesetze und Verordnungen wird aufgehoben bis  
zum Inkrafttreten des interalliierten Zollausgleichs. Das  
Einfuhr- und Ausfuhramt ist jetzt teilweise fort, soweit  
es sich um den Warenverkehr über die Auslandsgrenze des  
befreiten Gebietes handelt.

## Für und wider die selbständige Angestelltenversicherung.

Im sozialpolitischen Auschuß des Reichstages be-  
gannen gestern die Verhandlungen über die Neuregelung  
der Angestelltenversicherung. Der zum Berichterstatter er-  
nannte demokratische Abg. Frenkel gab als Referent  
einen allgemeinen Ueberblick über die Frage. Er verjüngt  
glaube, daß es bei der Beschaffung des Angestellten-  
versicherungsgeldes richtiger gewesen wäre, damals  
die Angestellten in die allgemeine Unfallversicherung  
einzugliedern. Nachdem das nicht geschehen sei, wäre eine  
vollendete Tatsache geschaffenen, Rechte erworbenen. Erwartung  
erweckt worden, über die man sich jetzt nicht mehr  
hinwegsetzen könne. Infolge der höheren Beträge, aber

auch infolge eines besseren Versicherungswirtschafts ließe die An-  
gestelltenversicherung mehr als die Unfallversicherung. Um  
dieselben Leistungen in der Unfallversicherung zu er-  
reichen, müßten die Beiträge mindestens um das Dreifache  
erhöht werden. Wochenbeiträge, die einen vollen  
Tagelohn und mehr darstellen, könnten von seiner Partei  
angeht die Reparationsverpflichtungen und der künftigen  
Deuerung nicht ornament werden; andererseits  
könnten aber auch die erworbenen Rechte der Angestellten  
nicht herabgebracht werden. Er schloß vor: 1. Aufrecht-  
erhaltung der selbständigen Angestelltenversicherung bei  
Gebrauchnahme aller Angestellten aus der Unfallver-  
sicherung. 2. keine Schöpfung eines selbständigen Reichs-  
mittelszuges für die Angestelltenversicherung, sondern Ueber-  
nahme der Versicherungsämter, Oberversicherungsämter  
und des Reichsversicherungsamtes in die Reichsmittel-  
verwaltung der Unfallversicherung. 3. Volle Selbst-  
verwaltung der Angestelltenversicherung durch die ver-  
büßerten Angestellten. Auf diesen Punkt legt Frenkel  
besonderen Wert, denn hier ist einmal Gelegenheit gegeben,  
einen wesentlichen Teil der Sozialversicherung zu ent-  
taffeln. Der sozialistische Abg. Gieseler vertrat den  
Standpunkt der Veranschaulichung. Die Beratungen  
wurden wegen eines sozialdemokratischen Antrages, der  
die Verbeijung weiterer zahlenmäßiger Unterlagen für  
die Beurteilung der Beschäftigungszugfrage verlangte, ver-  
lagt.

## 1 Milliarde Mark Schaden in Oppau.

Der in Oppau an Maschinen und Borräten entstan-  
dene Schaden wird zwischen 5 bis 600 Millionen Mark ge-  
schätzt, die Schäden an Gebäuden betragen zwischen 2 bis  
300 Millionen Mark.

Bei diesen Ziffern handelt es sich nur um direkte und  
unmittelbare Schäden, die im ganzen 1 Milliarde  
Mark betragen dürften.

## Die Abrüstungsfrage.

Aus Genf wird uns gemeldet: Die dritte Kommission  
(Abrüstung) hat gestern mit unentschieden Veränderungen den  
von Lord Robert Cecil vorgelegten Bericht über die Ab-  
rüstungsfrage angenommen. Der Bericht stellt fest, daß  
die von der gemischten Abrüstungskommission des Völkerver-  
einigten Vorschläge leider nicht entfernt das Abrüstungs-  
problem berühren. Die Auffassung, daß die Wältungsstellen  
wirksam eingeschränkt werden können, wenn in der ganzen  
Welt Frieden herrsche, erhebt der Kommission zu ungunsten.  
Die vollständige Abrüstung ist doch nicht durchführbar ohne die  
Mitarbeit der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Aus-  
lands. Insbesondere erschwere die Gemacht der Vereinigten  
Staaten die Herabsetzung der See- und Luftkräfte. Was die Land-  
streitkräfte betreffe, sei die Lage günstig. Deshalb sei es  
nicht erforderlich, warum der Rat nicht unerschrocken die vom  
Pakt auferlegten Pflichten erfülle und allgemeine Richtlinien für  
die Abrüstungspolitik festlege.

## Bis 4. Oktober freigabe des Burgenlandes

Reuter erfährt, daß die Volkskammer der Ungarn hat,  
Ungarn zu benachrichtigen, daß die freigabe des Bur-  
genlandes bis zum 4. Oktober bedingungslos er-  
folgen müsse. Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung  
bedingungslos, eine neue Kasse von 20 000 Mann zu mobilisieren,  
hat die Volkskammer beschlossen, daß dies auf keinen Fall  
geachtet werden dürfe.

## Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

wurde gestern abend mit einem Essen beschlossen, an dem u. a.  
Vertreter der Reichs- und der Bundesbehörden und der Stadt  
Wien teilnehmen. Auch Ministerpräsident Graf Degenfeld  
wird erscheinen. Der Präsident Dr. Gorge leitete die  
Zusammensetzung des deutschen Volkes in Nord und Süd.  
Handelsminister Hamm und Reichsminister a. D. Dr. Simon  
ergriffen im Laufe des Abends das Wort. In ihren Wort-  
sprüchen warfen sie einen Rückblick auf die Ergebnisse der  
Tagung und rechneten es den deutschen Industrie hoch an, daß  
sie mit ihrem Verfassungen ihre Bereitschaft erklärte, dem  
Verband beizutreten, und damit zeigte, daß auch für sie  
das höchste der deutsche Staat sei. Das deutsche Volk werde  
weiterarbeiten, bis eine Reaktion des Friedensvertrages  
erzielt sei. Die ganze Welt müsse einsehen, daß der Berliner  
Vertrag und das Ultimatum unerschrocken und unbillig seien.

## Der Niedergang des englischen Handels.

London, 30. Sept. Die Ausführungen über die wirt-  
schaftliche Lage im In- und Ausland und über die Mittel  
zur Hebung des Handels und zur Stabilisierung der Wäh-  
rungen nehmen in der Presse einen großen Raum ein. Wie  
gemeldet wird, widmet Lord George den Rest seiner Ferten  
der Bescheinigung der Maßnahmen gegen den  
Niedergang des Handels und gegen die Arbeits-  
losigkeit. Eine Gruppe von Sachverständigen der Finanz-  
des Handels und der Industrie wird das Wochenende ge-  
meintlich mit Lord George in Gairloch verbringen. Man  
hofft, daß diese Beratungen das Zustandekommen eines  
praktischen und wirtschaftlichen Planes sichern werden.

London, 30. Sept. Der Westminster Gazette zufolge sind zahlreiche Personen der Ansicht, daß die Finanzpolitik der Koalition schließlich deren Sturz herbeiführen werde. Wenn das der Fall sein würde, so würden Mac Kenn und die Großbankiers bei der Herstellung dieses Ereignisses keine geringe Rolle spielen. In einem erregenden Frage-Überfriesenen Leitartikel schreibt Westminster Gazette: Die Erfahrungen lehren die allzeitigen Regierungen, daß die Mittel, die sie ergreifen haben, um die bewährten Reparationszahlungen zu ermöglichen, es häufiger unglücklich erscheinen lassen, als Deutschland überhaupt in der Lage zu sein würde, zu zahlen. Innerhalb sehr kurzer Zeit müßten sich die Alliierten einigig entscheiden. Man könne Deutschland nicht zweifelndem und gleichzeitigen zerrütten und gleichzeitig Angehörigen von ihm fordern.

London, 30. Sept. Daily Express glaubt zu wissen, daß Jugoslawien angewiesen werden wird, seine Truppen vom albanischen Gebiet zurückzuziehen, und daß die Grenze Albanien der Demarkationslinie vom Jahre 1913 entsprechen werde. Ein eventuelles Protokoll Jugoslawiens und Griechenlands beim nächsten Rat würde diese Entscheidung in seiner Weise ändern.

### Der Vizekonsul über Albanien.

„Echo de Paris“ meldet: Der Vizekonsul nahm vorgestern über Albanien eine Resolution an, worin gesagt wird, die Unabdingbarkeit und Integrität Alkanas sei von großem internationalen Interesse. Italien sei an ihrer Wahrung besonders interessiert. Für den Fall, daß in strategischer und militärischer Beziehung die Unabdingbarkeit und Integrität Alkanas nicht ausreichend wäre, sei es Aufgabe des Völkerbundes, Italien zu unterstützen. Weiter heißt es in der Resolution, wenn der Völkerbund nicht die erforderlichen Maßnahmen treffen könne, solle es den alliierten Mächten zu, sich an seine Stelle zu setzen, indem sie sich nach den beiden ersten Entscheidungen richte. Die Grenze Albanien solle erst in einigen Tagen geregelt werden. England habe aber bereits heute die Forderung Griechenlands hinsichtlich der irdischen Festen von Coriza und Argorato aufgegeben. Von der Insel Salona, die die Italiener besetzt haben, wurde noch nicht gesprochen.

Zwischen den Kabinetten in London und Rom ist ein Abereinverständnis über Albanien zustande gekommen; Frankreich hat ihm bereits zugestimmt.

### 14. ordentliche Hauptversammlung des Verbandes deutscher Apotheker in Dortmund.

Am 25. und 26. Sept. waren die Vertreter der Bezirksvereinigungen des Verbandes deutscher Apotheker (Angeschlossenen-Organisation) unter dem Vorsitz von Dr. F. J. Berlin zu ihrer 14. ordentlichen Hauptversammlung in Dortmund versammelt. Die Beratungen, die unter Teilnahme von 57 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands in den Stabsverordnungsstellen stattfanden, ergaben bezüglich der zurzeit wichtigsten Stabsverordnungen, der Schaffung eines Reichsapothekengesetzes, die Hebestimmung mit den zurzeit noch zustande gekommenen entgeltlichen Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft deutscher Apotheker, eines aus Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzten Paragrafenausschusses. Einmütig stellte sich dabei die Vermittlung auf den Boden folgender Fortschrittsentscheidungen:

Der Verband deutscher Apotheker hat seine Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Apotheker (Ala) in der wichtigsten Stabsverordnung, der Apothekenreform, dahin aufgeführt, einen Ausgleich der verschiedenen Meinungen und Wünsche herbeizuführen.

Er ist bereit, grundsätzlich die Vorschläge erneut anzuerkennen, weit aber mit aller Entschiedenheit alle Versuche zurück, an den vereinbarten Beschlüssen weitere Änderungen vorzunehmen.

Er verlangt, an erster Linie die sofortige Vorlage eines Reichsapothekengesetzes im Sinne der Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft, die unzulässige Schaffung einer Hin- und Herbewegung, sowie die wirtschaftliche Scherzstellung der Angehörigen mit besonderer Berücksichtigung der Geschäftsleute.

Zur Tariffrage wurde eine Vorstandsentscheidung einstimmig angenommen, in der ausgedrückt wurde, daß der Verband deutscher Apotheker in den vorgeschlagenen Sachun-

gen der Verehrtesten-Jahresaufsätze und den Forderungen des Tarifvertrages im allgemeinen einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Stande herbeizuführen, daß aber in vielen Punkten die Wünsche der angehenden Apotheker noch unberücksichtigt geblieben seien. Von den beiden anderen Vertragspartnern (Organisationen der Apothekenbesitzer), sowie dem Hauptausfluß der Tarifvertragsgemeinschaft erwartet der Verband deutscher Apotheker, daß mit Entschiedenheit an der sozialen Besser- und Sicherstellung der angehenden Apotheker weitergearbeitet wird und daß insbesondere die für alle Angehörigen überaus wichtige, ja eine Lebensnotwendigkeit bedeutende Verbesserung der Rindlungen durch die Dankschüsse, in letzter Instanz durch den Hauptausfluß, in den Vertrag aufgenommen wird. Zugleich richtet der Verband an die Inhaber der Apotheken die dringende Aufforderung, in Ermahnung der Notlage der Angehörigen, über die Tariffrage (Minibehälter), hinaus bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, um den Angehörigen ein auskömmliches Gehalt zu gewährleisten. In der Frage der Witwen- und Hinterbliebenenversorgung gelangte die für die einmütige Wille der Delegierten, aus eigener Kraft allen bedrängten Verursachenden nach Möglichkeit zu helfen.

Weitere Verhandlungen befaßigten sich mit Organisationsfragen, mit der Vor- und Ausübung der Apotheker, der Stabsverordnung und der Frage der Beschäftigung nicht pharmazeutisch ausgebildeten Personals in den Apotheken. Bezüglich der Arzneiarte wurde anerkannt, daß bereit zeitgemäßer Ausbau im Interesse einer durchgreifenden Verbesserung der Gehälter der pharmazeutischen Angestellten verlangt werden müsse. Ein Anfluß des Verbandes an eine der bestehenden Arbeitervereinigungen wurde abgelehnt. Zum Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Hamburg bestimmt.

### Preussische Verfassung, endg. Kirchenordnung.

Die Kirchenordnung für Preußen ist bei allen Kirchenregierungen angeregt worden. Die evangelische Arbeitsvereine senden eine Erklärung für die evangelische Kirche. Gen. D. Wolff begründet den Antrag der rheinischen und westfälischen Provinzialparlamenten, ihre Provinzialkirchenordnung zu genehmigen und in der Kirchenverfassung zu berücksichtigen. Diese Ordnung ist in der Kirche vorzubereiten, wobei die Eigentümlichkeiten der Provinzen nicht an die Stelle der anderen Traditionen in den Diözesen, (Bischof).

Der Bischof schlägt vor, die Besprechung mit den Vertretern der Verfassungsbürokratie zu verbinden, es geschieht.

Der Verfassungsausschuß hat die Aufgabe, die von den Antragstellern, der nur für sich spricht, begründet. Da von den anderen Einwirkungen im voraus angenommen wurde, daß sie inhumane und falsche Gesichtspunkte zu sehr bevorzugen würden, war sich als übertriebene Befürchtung herausgestellt hat, hat Redner die episcopale Seite stärker herausgearbeitet. § 2 seines Entwurfs betont Erhaltung des in kirchlichen und reformierten Bekenntnisses und der Konfessions-Gemeinden und das Recht der Gemeinden auf Selbstverwaltung ihres Bekenntnisses gemäß dem liberalen Charakter der Union, wogegen getrennt verfahren werden soll, sowie die Eigenart der Kirche als Bekenntnis (Bekennnis bei Laie, Hauptgesetze, Ordnung). Eine Veränderung dieser Kirche würde die Folgen haben und die Kirche in der Rechte gegenüber dem Staat unterbrechen. Die Verbindlichkeit des Bekenntnisses für die in der Kirche führenden und Lehrenden ist strenger als für das Gemeindeglied. Ohne Pastoren geht es nicht in der Kirche; in gewissem Sinne muß die Pastorenkirche bleiben. Der Minoritätenstand der amfischen Entwürfe rief er in erster Linie gegen die liberalen Vorkoren, er muß sie revidieren. Redner will vielmehr die Wünsche seines Entwurfs zu Gesetzen und Statuten der Geistlichen machen; durch den Mangel einer solchen Einrichtung erwächst der Kirche eine große Schuld gegenüber jungen Geistlichen. Die Weihen in allen Stufen will Redner in Anlehnung an Schiefermacher dem Kerne der Gemeindeglieder anvertrauen und die Konfirmation die bischöfliche Bestätigung ist dem Redner im Neuen Testamente bezeugt; nicht regieren, sondern dienen sollen die evangelischen Bischöfe, den geistlichen Fürsorgern nachzuehen und sie zu Arbeitsgemeinschaft an zumutbar. Wir sehen uns nach Zusammenfassung, Anlehnung und Leitung. Vom Saatsdruck befreit, müßte die

Kirche eine starke Wehr gegen alle dem Evangelium feindlichen Mächte werden. Auf Antrag des Gen. Eggers wird der Entwurf an die Verfassungsausschüsse übergeben. Besprechung der amtlichen Verfassungsvorlagen. D. Seine Begründung namentlich der Vereinigten Reichs- und beide als geeignete Unterlagen. Die Kirche ändert durch sie ihr Wesen nicht, nur ihre Verfassungsformen, wobei Revolution noch Reformation tritt ein. Die Kirche steht auf dem Evangelium und Bekenntnis wie bisher und ist zugleich glückliche Stütze und Körper des öffentlichen Rechtes. Das Bekenntnis steht nicht in, sondern über der Verfassung. Die Vereinigte Kirche wünscht deutscher ausgesprochen zu sein, was Evangelium und Bekenntnis der Kirche sind. Perior und Wert des aufrechten Bekenntnis wünscht die Kirche eigenmächtig als Inhalt dieses Evangeliums erwähnt zu sein, ebenso daß diese Testamente Teile der heiligen Schrift sind. Die Bekenntnisse der Reformation, einschließlich der der alter Kirche, sollen gelten, soweit sie auf dem Boden der Schrift stehen, nicht als Tod, sondern als Formulierung des Schriftinhalts (sehr gut! links) nach dem Verständnis ihrer Entstehungszeit; demnach richtet sich ihre Bedeutung in der Kirche als Ausdruck des christlichen Glaubens, den wir heute z. B. anders formulieren würden. Die theologische Wissenschaft, die bekenntnislich wird durch die Gesamtkonfessionellen Bewegung, soll nicht bestrafen, nicht verurteilt, aber das Gewisse soll betont, das Gewisse der gläubigen Gemeinde geschont und der Schriftinhalt ihr verkindigt werden.

### Deutsches Reich.

Der 3. Studententag des Reichsbundes deutscher republikanischer Studenten findet am 6. und 7. Oktober in Weimarischen Hof in Jena statt. Es soll dabei vor allem die Erklärung der Hochschule zur Demokratie erörtert werden, der zwei Referate gewidmet sind. Ein weiteres Referat behandelt „Mittlere Stellung zur Jugendbewegung“. In der Ausprache soll vornehmlich die Frage Berücksichtigung finden, wie in Zukunft mit den demokratischen Studenten, an den Hochschulen für die Demokratie gearbeitet werden soll. Demokratische Studenten, auch wenn sie nicht offizielle Vertreter von Gruppen sind, können als Inhaber der Verhandlungen beinhalten. Anfragen sind zu richten an Stud. R. Jost, Jena, Marktthorstraße 4. — Am 6. und 7. Oktober in dem Ort der Reichsausschüttung des Reichsbundes deutscher demokratischer Jugendvereine i. d. D. Dabei spricht Landshut-Hamburg über „Die nächsten Aufgaben einer Bewegung“. Am 9. Oktober, abends, spricht der erste Redner und Ammer-Weiden in öffentlicher Versammlung über „Der Jugend Wille und Weg zum neuen Deutschland“. Anfragen an Stud. Jost (wie oben). Die Teilnahme am Studententag als Zuhörer ist gestattet.

In den Verhandlungen des Präsidenten der Linim Handwerksamtes haben die Wähler: Rabardt ist bereits in das Unterabstimmung in Mosau einzelfertig worden. Wie bis jetzt besteht, beträgt die Höhe der Unterabstimmung, die er gemeinsam mit seinem Sohn als Vorsitzender der Hauptstelle für den Einfluß gemeinsamer Handwerksleistungen begangen hat, 110000 Mark. Unter dem Vorbehalte der Beteiligung ist ein Interdikturats verfaßt worden. Ein zweiter höherer Verwaltungsbemüht hat sich seiner Bestimmung durch die Nacht entzogen.

Am 20. Oktober, der Beamtenausfluß des Reichstages behandelte getrennt das Driftsitzungsgeheiß. Nachdem ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums mitgeteilt hatte, daß dieses Gesetz voraussichtlich erst Anfang November des Reichstages vorliegen werde, wurde von verschiedenen Seiten geltend gemacht, daß eine Beratung kaum möglich ist. Demgegenüber wies der Demokrat Deltis an darauf hin, daß sie doch gelingen würde, wenn man sich auf die wirklich grundsätzlichen Fragen beschränke. Hauptliche Frage sei, ob eine entsprechende Veranlassung wohl ermöglichen würde, die Schaffung von Wirtschaftsgeldern festgehalten werde. Freilich reifes ließen sich die Wünsche nicht befriedigen, weil eben das ganze Gesetz mit seinen fünf Driftsitzungen und seinen großen Unterabstimmungen in den Driftsitzungen unwidrig sei. Es werde nichts weiter übrig bleiben, als jämlich lediglich die Wohnungsmieten auszulagern sein zu lassen. Dann werde

In einer Zeit, die sich infolge der Verschlebung der Wirtschaftsoverallthiele länger, je mehr auf die Einfachheit einzustellen hat, ist der Kragen Symbol und Synonym. Symbol der Sparmaß, als eines wichtigen Erdbenfalls unserer Tage, und Symptom der darin strebenden Zeit. Gewiß, wir können auch in diesen Stunden das Geld mit vollem Verstand ausgeben, und es geht auch von dem, dass in dem wahren Kragen einen Modestil und wieder einen recht benehmen, sehen, aber die große Frage der heute Vermitteln, die Beschäftigten, die jeden Darlebensaufschwung jeztmal herumbrechen, eine sie ausgeben, sehen in dem profissionen weichen Kragen ein Mittel, sich leichter auszuzeichnen, als es bei dem teuren Bügelgeh möglich wäre, und dabei doch äußerlich nicht die Armut zu verzeihen, wie es mit dem häßlichen Gummikragen geschähe, der eine Zeit lang gang und gäbe war.

Armut schändet nicht, und deshalb wißt auch der angeführte Kragen, den wir mitunter bei Zeiten sehen, die vor einem halben Duzend Jahren noch auf die peinlichste Befehlsförmigkeit ihrer Waise allergrößten Wert legen, kein schlechtes Licht auf die Träger. In es nicht der Halsring der Not, die ihnen das Leben abnimmt, aber auch jene nicht mit in den Druks hundertsteil, die das Land der Nächsten zum Tummelplatz ihrer politischen Bestie machen?

Ammonitionsprobleme im menschlichen Körper. Ein Münchener Arzt, Dr. R. K. K., teilte bei N. N. folgenden Fall mit: Der Patient, ein Patient von mir nach Wien über. Er bekam eine Substanz verordnet und genoh eines Abends zufällig die bei Bronchialasthma beliebten Ammonitropfen, die Ammonium enthalten, zu seiner Substanz. Eine Herstellungsnummer durchsuchte ihn ein lauchbarer Schlag, und es erfolgte ein überaus heftiger Anfall, der ihm fast tödlich und kräftigen Wahn. Den Anfall erlösten dieser Vorgang völlig rätselhaft. Telegraphisch um Erklärung gebeten, antwortete ich ihm: „Ich mit Ammonium ist explosionsgefährlich.“ Der heimliche Vorgang ist folgender: Bringt man ein halbes (Chlor, Brom oder Jod) in überflüssiges Ammonium, so entsteht freier Stickstoff und Chlor- bzw. Brom- oder Jod-Ammonium. Sobald nun Chlor oder Brom oder Jod den Überfluß haben, so zerfallen diese als giftiges Chlor- bzw. Brom- oder Jod-Ammonium und führen es in ihre halogen-Stickstoffverbindungen über, die außerordentlich leicht und heftig explodierende Körper sind.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Sonntag den 2. Oktober. Inhalt: Gedächtnis mit Gedächtnis künden werden. Roman von Fred Feltz. — Die Liebe, die sie nicht erlitten. Von Julius Kreis. — Aber bitten rufen doch Sie an! Von Georg Strelitz. — Die letzte „Gnade Dame“. — Literatur.

### Humperdinck als Romantiker.

Von Antoniani Leopold Zank (Halle).

(Nachdruck verboten.)

Was Humperdinck als Musiker, Komponist und Lehrer bedeutet hat, wird jeder Mensch zu finden wissen. Als Theaterkomponist war er mehr als nur ein Schöpfer wunderbarer Opern, er war Findständer in neuen Gattungen. Das deutsche Märchen in blühender Gestalt erweckte sein Genius zu klingenden, inebenen Leben. Ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit gedacht, ähnlich wie Hoffmanns „Struwwelpeter“, wurde „Hänsel und Gretel“ in kürzester Zeit ein Gemeingut unseres Volkes. Das Humperdinck an Hofstaal, an blühenden Gärten, an stillerem Gang in der Märchen zu können wagt, ist unerschöpflich und unbegrenzt, aber wesentlich bleibt, daß er damit die blaue Blume der Romantik im Theater wieder entdeckte, die unter der Herrschaft der verächtlichen Oper vermisst schien. Das Richard Wagner'schen Stiefelchen verlegt blieb, uns aufbauend auf des Komponisten neuen Wegen das romantische Märchen zu leben, Humperdinck, dem gewissen Jünger gelang es in Bollendung. Wie über er dabei seinen Weg gipfeln, beweist sein Märchen „Hänsel und Gretel“, das ich hier wieder einführe als die spätere heraus entstandene Oper. Dem Märchen war über das Wert in seiner ursprünglichen Gestalt auch auf Herz gewaschen, denn als mit der Jahresfrist das Märchen in unserer Spielplan aufgenommen, war keine Freude auch und da er selbst kann darnehmend, schickte er seinen Sohn nach Halle, um ihm über die Aufführung zu berichten. Viele Märchenoper sind bisher entstanden; an keiner, keiner Schönheit ist nur eine „Hänsel und Gretel“ vergleichbar: es ist „Hänsel und Gretel“.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war die Schaffung der Märchenoper auch für die Bühnenkunst. Die heutigen Wunder, die das ehemalige Märchen-Theater zu Berlin in seinen Brunnmäden darboten hatte, waren in Bezug-

heit geraten. Der Realismus hatte sich auch der Bühnenausschaltung bemächtigt. Pöhl hat Trumpp! Es kam Humperdinck und forderte einer Himmel mit einer Engelsteller. Die oft bewährte Fähigkeit der Ausstattung machte ihr Schiffbruch erleben, die Apokalypse durfte wieder ihre Schwingen regen, und alle technischen Mittelsetzungen für denstärker werden. Zug besonders die Hochentwertung der Bühnenbeschaltung über ihren Leistung hat, ist unerschöpflich.

Aber noch über die Bühnenkunst hinaus Hänsel und Gretel „die Oper“. Die Verlegenheiten, wobei die Märchenliteratur und beachtet herrliche Aufgaben nicht nur unserer Bühnen, sondern auch Hausmärchen, als deren Artinung wußte die von Unbegreiflich illustrierte anzuweisen ist, sondern auch von Weisheit, Hauff und sogar Sammlungen fremdlandischer Volksmärchen. Die Vortragskünstler erweiterten ihre Programme und wurden „Märchenzähler“. Die Romantik war unerbittlich zu uns gekommen dank ihrem Vater Humperdinck.

### Der Halsring.

Von Erich Born.

(Halsknoten verboten.)

Der Mann der Zeiten ist wunderbar. Zeige mir, was du um den Hals trägst, und ich werde dir sagen, wer du bist! Kräftig frag man nicht darum. War es aber hoch einmal der Zeit, dann hatte man ein Interesse daran, es möge nicht wenig in die Erklärung treten zu lassen, denn der höhere Halskragen war nichts schmerzliches und der geschlechte Element noch schlimmer. Die Zeiten haben sich geändert und dem Halskragen kulturelle Bedeutung zugewandt. Die Unbegreiflichkeit des gefährlichen Kragens ward zum Grammeier der Wortbeweisheit, der der erhabte Glanz und die Höhe noch beiderseits nach Lage und Alter verschiedene Merkmale gaben. Seit einiger Zeit befinden wir uns auf dem abschließenden Wirt: die Kragen sind niedriger und niedriger geworden, oder ist die Halle länger unterm Aufschwung nach einem Schritt in den traurigen Zeitstrahl. Gleichwohl die Stürzweite vorlet sich auf der Verbindungshöhe zwischen Kopf und Kumpf, und der Gummikragen trat ein Regiment an, neben ihm freilich der weiche Halskragen, der sich wo es wieder Gasse gibt, das Feld fast allein behauptet.